

DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE

EINE URSACHENARCHÄOLOGIE

Alle fragen sich wie es zu dieser Weltwirtschaftskrise kommen konnte. Mit Feindbildern von gierigen ManagerInnen und BankerInnen lässt sich die Erklärung der komplexen Welt erleichtern. Doch gerade weil die BankerInnen und ManagerInnen ihre Pflichten getan haben, konnte diese weltumspannende Krise ihre Wirkmächtigkeit entfalten.

Als die New-Economy-Blase zu Beginn dieses Jahrtausends platzte, reagierte die amerikanische Zentralbank mit drastischen Zinssenkungen, um einen konjunkturellen Abschwung zu verhindern. Geliehen hat sich das günstige Geld allerdings nicht die produzierende Wirtschaft, sondern HypothekemaklerInnen. Diese klopfen sich an amerikanischen Vorstadttüren die Knöchel wund, um Hypothekenverträge mit flexiblen Zinssätzen und überbewerteten Häusern als Sicherheiten zu sammeln. Im festen Glauben an stetig steigende Immobilienpreise verpuppten sich die eigentlich lohnabhängigen HausbesitzerInnen zu InvestorInnen.

Gleichzeitig wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) weniger Waren produziert. Die USA haben sich von einer industriell geprägten Arbeitsgesellschaft zu einer Dienstleistungs- und Finanzmarktgesellschaft gewandelt.¹ Das Problem dabei ist jedoch, dass bei einer Tätigkeit, wie dem Eintüten von Konsumgütern bei Wal-Mart, kein materieller Wert entsteht. Die Löhne in den so genannten McJobs sind dementsprechend gering. So ist es in den USA nicht unüblich, mehrere Arbeitsverhältnisse zu haben.² Um über die Runden zu kommen oder um sich den Lebensstil leisten zu können, welchen die Kulturindustrie vorschreibt, wurden im großen Stil Konsumentenkredite aufgenommen.

Als dann bei sinkenden Reallöhnen die Kosten für Energie stiegen, sanken die Immobilienpreise. Die Hypotheken verloren ihre Sicherheit und die Zinsen schossen - flexibel wie sie waren - um bis zu 5 % in die Höhe. Die SchuldnerInnen konnten die Raten nicht mehr bedienen und die Zwangsversteigerungen brachten wegen der gesunkenen Immobilienpreise nicht mehr den Wert des Darlehens ein. George Walker Bush erklärte den Juni 2008 zwar noch zum „National Homeownership Month“, doch im ganzen Land wehten schon die „Foreclosure“-Schilder im Wind. Die Erfüllung des amerikanischen Traums vom Eigenheim zerplatzte für viele. Eine Menge Menschen mussten ihre Häuser verlassen. Die amerikanische Zentralbank erhöhte daraufhin den Leitzins, um das Übel an der Wurzel zu packen, verschlimmerte dadurch allerdings die Lage. Das System der

Umschuldung bei fälligen Zahlungen funktionierte nicht mehr. Es lohnte sich nicht mehr, durch bessere Konditionen die fälligen Raten der einen Schuld mit dem Abschluss eines neuen Kredites zu zahlen. Der Konjunkturabschwung kostete dazu vielen Menschen ihre unterbezahlten Arbeitsplätze. Heute haben sich in den USA auf unbebauten Flächen bereits Zeltstädte entwickelt, während unzählige Häuser ein paar Kilometer weiter leer stehen.

Von der Immobilien- zur Finanz- und Bankenkrise

Es war natürlich schon vorher unter den SpezialistInnen der Investmentbranche kein Geheimnis, dass arme Leute oft kein Geld haben. Die DarlehensgeberInnen wollten nicht abwarten, um zu sehen, ob die Zinserhöhungen von den einkommensschwächeren US-AmerikanerInnen geschultert werden können. Banken gründeten daher Special Purpose Vehicles (SPV) und siedelten diese in Ländern an, die eine niedrige Eigenkapitaldeckung von den Banken verlangten. Von dort kauften die Banken den HypothekemaklerInnen die Darlehen ab und verkauften sie als forderungsbesicherte Wertpapiere (Asset-Backed-Securities, ABS) weiter. Sie schnürten ABS-Pakte von heiklen und unbedenklichen Krediten, die von Rating-Agenturen als sicher bewertet wurden. Diese Agenturen haben eine Oligopol-Stellung in ihrem Marktsegment und legen, sich auf die Pressefreiheit berufend, weder ihre Methoden offen noch können sie zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie mit ihrer Bewertung danebenliegen. Im Falle der Kreditbündel, die unter anderem über die karibischen Cayman-Islands gehandelt wurden, lagen die Agenturen ziemlich daneben.

Durch den niedrigen Eigenkapitalanteil, welche die SPVs in den deregulierten Bankparadiesen vorweisen mussten, konnten sie von 200 Dollar eingekauften Forderungen an amerikanische HauslebaueInnen 180 Dollar Kredite ausgeben. Zahlen die KreditnehmerInnen das Geld zurück, kann die Bank weitere 162 Dollar Kredit vergeben. Dies setzt sich dann so fort. Die KäuferInnen des Wertpapiers verbuchen dieses auf der Aktiva-Seite, sind so kreditwürdiger und können gleichzeitig auch wieder mehr Kredite vergeben. Behalten wollen sie das Papier aber nicht, sondern nach einer Zinserhöhung für die HauslebaueInnen zu einem höheren Preis wieder abstoßen. So entsteht immer mehr Geld, während die amerikanischen HausbesitzerInnen immer noch in den unveränderten Häusern wohnen. Es entsteht Geld, aber kein dahinter stehender Wert.

Gleichzeitig gab es ein großes Ungleichgewicht in den Volkswirtschaften. Asien und die ölfördernden Länder hatten durch Preisabsprachen, einer künstlich niedrig gehaltenen Währung und den großen Energiedurst der „westlichen Welt“ eine Kapitalschwemme und konnten viel Geld nach Europa und in die USA verleihen bzw. verzinste Staatsanleihen kaufen. Von diesem geliehenen Geld wurden

¹ Murswieck, Axel, Gesellschaft, in: Lösche, Peter; Loeffelholz/Hans Dietrich von (Hrsg.), Länderbericht USA, 2004, 604 f.

² Ebd., 607.

dann wieder Importwaren gekauft, was in den Vereinigten Staaten zu einem enormen Handelsbilanzdefizit führte und vor allem China zu erheblichen Devisengewinnen verhalf. Aus diesen beiden Quellen entstand eine Unmenge von nicht wertgedecktem Kapital. Die USA dienen nun aber den Exportnationen wie z. B. China und Deutschland nicht mehr als Exportstaubsauger, was zu einer Verstärkung der Krise im produzierenden Sektor in diesen Ländern führen wird.

What goes up, must come down

Da niemand gerne mehr brachliegendes Kapital in eigener Bilanz vorweisen möchte als unbedingt nötig, mussten neue Wege der Geldanlage gefunden werden. Dabei wurde sehr erfinderisch vorgegangen. Es gibt inzwischen über 40.000 verschiedene Arten von Derivaten. Mit Derivatformen wie z. B. Forwards oder Futures und Swaps wurde wiederum die Geldmenge im internationalen Finanzsystem erhöht und wenige Menschen wurden sehr reich. Das System hätte einwandfrei so weiter funktioniert, wenn die Immobilienpreise weiter gestiegen wären. Bekanntlich sanken sie aber; und das war auch nicht überraschend. Im Frühjahr 2007 ging es los. Die Industrie-Kredit Bank (IKB) erklärte eine „existenzbedrohende Schieflage“, Bear Stearns musste 2 Hedgefonds schließen, die Landesbank von Sachsen hatte sich mit Immobilienkrediten verzockt und Northern Rock löste panikartige Zustände vor den eigenen Schaltern aus. Citigroup und Merrill Lynch wiesen katastrophale Bilanzen aus, die Zentralbanken der USA, Großbritanniens und der Schweiz begannen Liquiditätshilfen für die Banken zusammenzustellen. Die Hedgefonds kamen nicht mehr an billiges Geld und konnten ohne die notwendigen Überbrückungskredite der Realwirtschaft kaum mehr Geld zuführen.

Dies brachte viele Investitionsprojekte zum Erlahmen. Zum Exodus kam es, als bei Lehman-Brothers nach fast 160-jährigem Bestehen der letzte mit Pappkarton bewehrte Mitarbeiter das Licht löschte. Wie Dominosteine fiel ein Kredit nach dem anderen aus. Die AnlegerInnen, die ihr Geld für sich arbeiten lassen wollten, aber nicht erkannten, dass die BeraterInnen des Geldinstituts eigentlich VerkäuferInnen sind, verloren ihre Altersvorsorge, ihre Lebensversicherungen oder Teile des Privatvermögens. Geld für sich arbeiten lassen heißt nichts anderes, als andere Menschen für sich arbeiten lassen, denn Wert entsteht nur aus Arbeit. Nur Menschen arbeiten, Geld arbeitet nicht. Diese einfache Weisheit betrifft aber nicht die Börsenwerte. Billige Kredite wurden oftmals auch an Hedgefonds vergeben, die dann das Geld in die Realwirtschaft investierten. Sie kauften damit Firmen auf und erhöhten den Börsenwert dieser Firmen durch Kostensenkung, was meist mit massivem Arbeitsplatzabbau einherging.

Die Produktivität der Wirtschaft wurde deswegen in der Regel nicht erhöht und die Binnennachfrage wurde in den jeweiligen Ländern durch die Arbeitsplatzverluste oder die faktischen Lohnkürzungen durch die Umwandlung von regulären Arbeitsstellen in Leiharbeiterjobs geschwächt. Doch eine Zeit für Lohnerhöhungen gibt es nie: Einmal soll der Aufschwung nicht gefährdet werden, dann wird in der Boom-Phase eine Lohn-Preis-Spirale befürchtet. Im Abschwung und der Depression müssen die ArbeitnehmerInnen fest zu ihren Betrieben halten und in gemeinsamer Anstrengung mit dem Management die Talsohle durchschreiten. In der Phase der Expansion darf der Aufschwung dann wieder auf keinen Fall mit übertriebenen Lohnforderungen gefährdet werden. Die ArbeitnehmerInnen arbeiten anscheinend für das Wachstum, nicht für den eigenen Wohlstand und zuletzt sollte eben sogar Wachstum ganz ohne Arbeit erreicht werden. Dies konnte nicht gelingen, da so die notwendige Innovationskraft

fehlte, die Marx im Kapitalismus erkannte³, denn Geld bleibt Geld. Innovativ können nur die Dinge sein, die damit erstanden werden.

Der Staat als „lender of last resort“

Die Industriestaaten nahmen zur Rettung ihrer Banken 4,1 Billionen US-Dollar in die Hand.⁴ Für Entwicklungshilfe hatten sie nach den wohlmeinendsten Schätzungen 2,3 Billionen in den letzten 50 Jahren übrig.⁵ Es wird deswegen häufig von einem Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik gesprochen. Seit dem Regierungswechsel 1998 in Deutschland standen Reformpolitik, Liberalisierung, Deregulierung und Haushaltskonsolidierung im Mittelpunkt der wirt-



Foto: Ulrike Bunk

schaftspolitischen Agenda. In den anderen Staaten war dies kaum anders. Seit Ausbruch der Krise und der bislang stärksten Eruption am 15.09.2008, dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers, scheint ein Umdenken stattgefunden zu haben. Doch es hat sich nur die Art und Weise der Wirtschaftspolitik geändert, nicht aber ihre Richtung. Es geht weiterhin um Standortpolitik. Diese hat sich sogar noch verschärft. Das vulgärkeynesianische Vorgehen der jeweiligen Nationalstaaten ist genuin nationalistische Politik. Stützen die Regierungen ihre nationalen Unternehmen und Banken, verzerrt dies den international stark vernetzten Wettbewerb und schwächt andere Unternehmen. Jeder Euro an eine hiesige Firma bedeutet eine Schwä-

chung der ausländischen Firmen. Es besteht also weiterhin die Situation konkurrierender Nationalstaaten innerhalb der Weltwirtschaft und auch innerhalb des supranationalen Gebildes der Europäischen Union.

Allenthalben wird zwar vor Protektionismus gewarnt, der schlimmere Folgen zeitigen soll als die Weltwirtschaftskrise selbst. Es war aber anscheinend nicht möglich sich auf ein gemeinsames europäisches Vorgehen zu einigen. Die Idee eines Instrumentenkastens aus dem sich jeder Staat bedienen kann, bedeutet nichts anderes als ein europäisches „Rette sich wer kann!“ und zeigt auf, dass Nationalstaaten stets in Konkurrenz zueinander stehen und nur kooperieren, wenn sie sich daraus einen Vorteil erhoffen. Die fassbaren Interessen der Nation sind im politischen Handeln entscheidend. Die Idee eines vereinten Europa ist nur eine Vision und sie wird es anscheinend leider noch lange bleiben.

Die Folgen der vulgärkeynesianischen Antwort

Oft wird der Vergleich zur amerikanischen New-Deal-Politik zur Zeit der Großen Depression gezogen. Die heutige Situation ist jedoch eine andere. Das Stopfen der Nachfragerlücke durch Eingriffe des Staats in die Wirtschaft ist heute Symptombehandlung, von der erhofft wird, dass sie die Wirtschaft bis zum Ende der Krise trägt. Fast alle Nationalstaaten dieser Erde reagieren auf diese Weise. In den Folgen muss zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Wirkungen unterschieden werden. Am Beispiel der Abwrackprämie wird dies deutlich.

Kurzfristig ist die Autobranche durch die von der Bundesregierung irreführend als Ökopremie betitelte Prämie zur Zerstörung von funktionstüchtigen Autos gestützt worden. Insbesondere für die Ford- und Opel-Werke war dies eine Hilfe. Die zusätzlichen Kosten des Autokaufs für die KonsumentInnen verringern aber die Konsumfreudigkeit an anderer Stelle. Mittelfristig sind außerdem durch Mitnahmeeffekte spätere Einbrüche auf dem deutschen Automarkt zu befürchten. Daher kann dieses Instrument auch nicht als sozial bezeichnet werden: Diejenigen, die sich einen Neuwagen leisten können, bekommen die Abwrackprämie und gleichzeitig schrumpft das Angebot bei Gebrauchtwagen, die billiger als 2500 Euro sind. Und diejenigen, die Einkommenssteuer bezahlen, können ihre Häuser für 1200 Euro durch „haushaltsnahe Handwerkerleistungen“ verschönern lassen. Auf diese Weise konterkariert die Vorgehensweise Deutschlands die Idee von der so genannten Sozialen Marktwirtschaft. Denn so zahlen die weniger Bemittelten den etwa 15 Millionen deutschen EigenheimbesitzerInnen die Verbesserung ihres Lebensstandards über später erfolgende Steuererhöhungen und Kürzungen im sozialen Bereich. Langfristig bürdet sich der Staat außerdem durch derartige Maßnahmen immense Schulden auf.

Doch die Bundesregierung fuhr „auf Sicht“ (Angela Merkel) und hatte die Bundestagswahl fest im Blick. Die Ergebnisse des Geschäftsklimaindex werden medial stark hervorgehoben, obgleich sie nur die Hoffnungen eines Teils von UnternehmerInnen widerspiegeln. Während die Weltwirtschaft durch künstlich geschaffene Nachfrage

³ Engels, Friedrich/Marx, Karl, Manifest der Kommunistischen Partei, 2004, 24.

⁴ Sinn, Hans-Werner, Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam und was jetzt zu tun ist, 2009, 218.

⁵ Nuscheler, Franz, Wie geht es weiter mit der Entwicklungspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48/2007, 3.



Morgenluft wittert, gehen die Bankenpleiten weiter.⁶ Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes täuscht über die kommenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt hinweg. Die Krise wird so nicht überbrückt, sondern nur die Zeit bis zur Bundestagswahl. Potemkinsche Dörfer werden von der Politik aufgebaut.

Drohen neue Kriege und Konflikte?

Die Zentralbanken dieser Welt senken ihre Leitsätze ins Bodenlose. Der Markt soll mit billigem Geld überschwemmt werden in der Hoffnung, dass sich die UnternehmerInnen trotz sinkender Nachfrage Investitionen leisten. Doch zum einen geben die Geschäftsbanken die günstigen Konditionen nicht an die UnternehmerInnen und Privatpersonen weiter und zum anderen sind die KonsumentInnen und ProduzentInnen ob der Krise verunsichert und möchten sich nicht verschulden. Und das ist eigentlich ein Grund zur Freude, dass dem so ist, denn schon in der großen Inflation von 1919 bis 1923 wurde zur Bezahlung der Kriegskosten die Menge des Papiergeldes erhöht. Sollte die Wirtschaft wieder an Fahrt gewinnen, würden die billigen Kredite massenhaft nachgefragt und dies führt in die Inflation, die durch die dann wieder steigenden Rohstoffpreise befeuert werden würde. Vorstellbar ist auch, dass die stark verschuldeten Staaten eine Inflation herbeisehnen, da sich so die Schulden stark verringern lassen. Dies kann in die nächste Krise führen, da z. B. jeder US-BürgerIn mit 4000 Dollar in China verschuldet ist. China wäre sicherlich „not amused“ über eine Abwertung des Dollars. Im Moment steckt China vor lauter Angst vor einer Dollarabwertung sehr viel Geld in die eigene Infrastruktur und schafft so Werte, die davon nicht getroffen werden können. Ist die Dollarabwertung von Obama politisch gewollt, so könnten sich starke politische Spannungen zwischen China und den USA entwickeln. Doch durch Zerstörung kann man auch aus der Krise finden. Ein Wirtschaftsaufschwung ist leicht zu regeln, wenn vieles wiederaufgebaut werden muss.

Die möglichen Ziele der Zerstörungswut sind leicht auszumachen. Neben den augenscheinlichen Horten des Internationalen Terrorismus wird die westliche Seefahrt am Horn von Afrika von PiratInnen bedroht. Die politische Führung Irans hat sich nicht nur einmal äußerst aggressiv gegenüber Israel und den USA geäußert. Kim Jong-Il provoziert den Westen mit immer neuen, mehr oder minder erfolgreichen Bomben- und Raketentests. Es ließen sich noch weitere mögliche kriegerische Schauplätze aufzeigen, in denen dann nach dem immer gleichen Muster vorgegangen werden wird. Es werden Hilfgelder gesammelt, die dann in die eigene nationale Wirtschaft gesteckt werden, wie zum Beispiel im Falle Afghanistans, wo die Hilfgelder gleich an Siemens und andere deutsche Firmen überwiesen wurden, um dort Telefonanlagen zu installieren. Hilfe zur Selbsthilfe? Fehlanzeige. Voller Furcht kann man da auf die Zeilen Max Horkheimers blicken: „Wie der Verlauf früherer Krisen zeigt, wird sich das wirtschaftliche Gleichgewicht erst über die in beträchtlichem Umfang stattfindende Vernichtung menschlicher und sachlicher Werte wiederherstellen.“⁷ Er schrieb dies im Jahre 1932, vor dem Wahlerfolg der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Behind the facts

Hinter den Fakten, liegt der Antrieb für das Handeln: Das Denken. Auf das stößt, wer analytisch in tiefere Schichten vordringt. Der Glaube, dass Millionen von Einzelentscheidungen, die auf der Grundlage von instrumenteller Vernunft bzw. Eigensinn getroffen wurden, durch eine unsichtbare Hand eine gerechte Allokation, also die Zuordnung

von knappen Gütern unter den Menschen, zustande brächten, erwies sich als Hybris. Dieser Glaube kommt nicht von ungefähr. Organisationen, wie z. B. die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) bringt dieses Denken durch gezieltes Platzieren der interessengeleiteten Ansichten in Daily Soaps (Marienhof) selbst an Menschen, welche die Druckerzeugnisse (z. B. FOCUS), in denen die AutorInnen der INSM ihre Weisheiten unter die Bevölkerung zu streuen suchen, nicht lesen.⁸ Bundeskanzlerin Angela Merkel ist bei Preisverleihungen der INSM für den gefälligsten Geschäftsmann gerne die Laudatorin.

Der Glaube an die wundersamen Kräfte des Marktes ist von instrumenteller Vernunft geleitet. Die Vernunft tritt hier als „technische Vernunft“⁹ auf. Sie erscheint zunächst als Dienerin. Denn nach diesem speziellen Begriff von Vernunft, geht es in erster Linie um die Wahl von geeigneten Mitteln, um ein Ziel zu erreichen. Das Ziel selbst wird dabei allerdings nicht hinterfragt. Es scheint klar, dass vernünftiges Handeln ein Handeln darstellt, das einen Nutzen erbringt und jeder Mensch sollte nun doch wissen, was ihr/ihm nützt und was schadet. Vernunft ist aus dieser Warte ein subjektives Vermögen des Geistes und entscheidet nicht darüber, ob ein Ziel wünschenswert ist oder eben nicht. Horkheimer schreibt dazu:

„Die Feststellung, dass Gerechtigkeit und Freiheit an sich besser sind als Ungerechtigkeit, ist wissenschaftlich nicht verifizierbar und nutzlos. An sich klingt sie mittlerweile gerade so sinnlos wie die Feststellung, Rot sei schöner als Blau oder ein Ei besser als Milch.“¹⁰

So undemokratisch und ungerecht dieses Wirtschaftssystem ist, so ist auch das Denken, welches hinter den Taten steckt. Alles zielt auf die Ausnutzung anderer ab. Es regiert die technische Vernunft, es zelebriert sich die instrumentelle Vernunft selbst. Ich kann es, ich will es, ich sehe einen Vorteil: Ich mache es. Es ist ein reiner „Tatsachensinn“¹¹. Doch um einen wahren Fortschritt zu erreichen braucht man konkrete Idealbilder denen man entgegen strebt, wie dies bei Johann Gottlieb Fichtes Fünffachheit beschrieben ist. So muss die traditionelle Kultur, getrieben durch die kommunikative Lebenswelt, die spätestens seit der Ölkrise der frühen 1970er Jahre den Menschen die instrumentelle Vernunft eintrichtert, durchbrochen werden. Es muss darüber diskutiert werden, was denn vernünftiges Verhalten zum Wohle aller und zum Erhalt eines bewohnbaren Planeten, und damit der Möglichkeit des Fortlebens der Menschheit, sein könnte. Der Kapitalismus reagierte bislang sehr widerstandsfähig was seine Existenz gefährdenden Krisen betraf. Es ist aber nicht sicher, ob Mensch und Natur widerstandsfähig genug sind, um den Kapitalismus zu überleben.

Stefan Schweiger studiert in Münster.

⁶ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,645494,00.html>, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,645749,00.html>. (Eingesehen am 12.09.2009.)

⁷ Horkheimer, Max, Bemerkungen über Krise und Wissenschaft, in: Ders., Kritische Theorie Bd. II, 1968, 2.

⁸ <http://www.taz.de/1/leben/medien/artikel/1/lobbyisten-auf-sendung-bei-ard/> (Eingesehen am 24.09.2009).

⁹ Im Sinne von: Weil, Simone, Die Einwurzelung. Von den Pflichten dem menschlichen Wesen gegenüber, 1956, 23.

¹⁰ Horkheimer, Max, Kritik der instrumentellen Vernunft, in: Gesammelte Schriften Bd. VI, 1991, 33.

¹¹ Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, 2003, 10.